

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,
JUGEND UND FAMILIE**

A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 8
Postfach 10
Telefon 51 433 / 1427
Durchwahl

Präsidium

Zl. 53 0201/1-Pr.1/90

Sachbearbeiter: Mag. Wallner

Begutachtungsverfahren;
Bundesgesetz betreffend Änderung des
Binnen-Güterbeförderungsgesetzes
Stellungnahme des Bundesministeriums
für Umwelt, Jugend und Familie

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 W I E N

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	53 0201/1-Pr.1/90
Datum:	11. JAN. 1990
Verteilt	12. Jan. 1990


Perleubner
Dr. Bauer

Im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates, betreffend die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzentwürfe, beehrt sich das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Justiz erstellten und mit Schreiben vom 15. November 1989, Zl. 10 043/31-I 3/88, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend Änderung des Binnen-Güterbeförderungsgesetzes, in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

Anlage:
25 Kopien

3. Jänner 1990
Für den Bundesminister:
Dr. H o r a k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



**BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,
JUGEND UND FAMILIE**A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 8
Postfach 10
Telefon 51 433
Durchwahl 1427**Präsidium**

Zl. 53 0201/1-Pr.1/90

Sachbearbeiter: Mag. Wallner

Begutachtungsverfahren;
Bundesgesetz betreffend Änderung des
Binnen-Güterbeförderungsgesetzes
Stellungnahme des Bundesministeriums für
Umwelt, Jugend und Familie

An das
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1016 W I E N

Zum Schreiben vom 15. November 1989, Zl.10 043/31-I 3/88,
beehrt sich das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und
Familie folgende Stellungnahme zu übermitteln:

Zu § 439a Abs. 1:

Durch § 439a HGB soll u.a. der Art. 22 des Übereinkommens
vom 19. Mai 1956, BGBI.Nr. 138/1961, über den Be-
förderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr
(CMR) in der Fassung des Protokolls vom 5. Juli 1978,
BGBI.Nr. 192/1981, auch für innerstaatliche Transporte
gelten.

Absatz 2 des Artikels 22 sieht vor, daß der Frachtführer
gefährliche Güter, deren Gefährlichkeit er nicht im Sinne
des Absatzes 1 gekannt hat, "jederzeit und überall ohne
Schadenersatzpflicht ausladen, vernichten oder un-
schädlich machen kann".

Hiezu ist zu bemerken, daß diese Bestimmung jedenfalls
nicht von der Einhaltung der sich auf diese Vorgänge be-
ziehenden verwaltungsrechtlichen Vorschriften, insbe-

- 2 -

sondere des Sonderabfallgesetzes, BGBl.Nr. 186/1983 idF BGBl.Nr. 256/1989, des Chemikaliengesetzes, BGBl.Nr. 326/1987 idF BGBl.Nr. 300/1989, und des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl.Nr. 215 idF BGBl.Nr. 693/1988, entbindet.

Es sollte daher zumindest ein Hinweis in die Erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage aufgenommen werden, daß durch die Regelung des § 439a HGB verwaltungsrechtliche Vorschriften nicht berührt werden, um allfällige Mißverständnisse und Fehlinterpretationen zu vermeiden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

3. Jänner 1990

Für den Bundesminister:

Dr. H o r a k

Für die Richtigkeit
der Auffertigung:

